

Russland Bis 2050 schrumpft die Bevölkerung voraussichtlich um bis zu 26 Millionen Menschen

Die Russen sterben langsam aus

Ein ungesunder Lebenswandel und die tiefen Geburtenraten der schwierigen 90er Jahre lassen Russlands Bevölkerung in horrendem Tempo schrumpfen. Dies zeigt eine Uno-Studie.

Christian Weisflog, Moskau

Die grösste Bedrohung für Russland ist die Entwicklung der eigenen Gesellschaft. Vor allem, weil auch der Kreml dagegen fast machtlos ist. Denn die russische Regierung hat die demografische Fehlentwicklung wohl erkannt. Der damalige Präsident und heutige Premierminister Wladimir Putin sprach in seiner Rede zur Lage der Nation vor drei Jahren vom «brennendsten Problem des modernen Russland». Daraufhin wurden verschiedene Massnahmen ergriffen: etwa die Auszahlung eines Mutterchaftsgeldes von mehreren tausend Euro oder staatliche Hilfen für die Rückführung russischer Bürger vorwiegend aus den nahen GUS-Ländern.

In der Folge haben sich die tiefen Geburtenraten auch aufgrund des Wirtschaftsbooms etwas verbessert. Doch dabei handelt es sich laut einer neuen Uno-Studie zum «menschlichen Potenzial in Russland» nur um eine vorübergehende Entwicklung. Der Grund dafür ist, dass die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter sinken wird, nachdem sie in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Mit rund 40 Millionen hat sie 2004 gar ein historisches Maximum erreicht, nun wird sie jedoch stetig zurückgehen.

Hohe Sterblichkeit

Der Grund für diesen Einbruch sind die geburtenschwachen 90er Jahre, als Russland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion einen schwierigen wirtschaftlichen Transformationsprozess durchlief. Parallel dazu nahm gleichzeitig auch die Sterblichkeitsrate zu, die seit 1992 höher als die Geburtenrate liegt. Danach schrumpfte die russische Bevölkerung bis heute um 12,3 Millionen Menschen. Die Entwicklung konnte durch knapp sechs Millionen Zuwanderer nur teilweise abgefedert werden.

Pakistan Weiterhin Kämpfe im Swat-Tal

Taliban enthaupten zwei Regierungsvertreter

Im umkämpften pakistanischen Swat-Tal haben Taliban-Rebellen zwei Regierungsvertreter geköpft – aus Rache, wie sie behaupten.

Die Enthauptungen seien die Rache für die Tötung von zwei Taliban-Kommandanten, sagte ein Sprecher der Extremisten am Sonntag. Die Polizei in der Provinzhauptstadt Mingora bestätigte die Tat. Die beiden Regierungsvertreter seien entführt und am Samstagabend im 18 Kilometer nördlich von Mingora gelegenen Dorf Khuwaza Kheil geköpft worden. Ihre Körper seien anschliessend von den Taliban an den Strassenrand geworfen und später von Rettungskräften geborgen worden, hiess es weiter.

Am Sonntag lehnten die Aufständischen die von der Provinzregierung angekündigte Einsetzung eines Scharia-Berufungsgerichts ab. Zwar fordern die Taliban die Etablierung des islamischen Rechtssystems im Swat-Tal und den angrenzenden Distrikten. Doch nach pakistanischen Medienberichten sind sie gegen die Nominierung islamischer Richter durch die Behörden, sagte ein Sprecher des radikalen Geistlichen Maulana Sufi Mohammed. Ein Regierungs-



Der exzessive Konsum von Alkohol verkürzt in Russland die Lebenserwartung von vielen. (key)

Dabei fällt vor allem eines auf: Während sich die tiefen Geburtenraten und auch die Kindersterblichkeit in Russland nicht sonderlich von den Verhältnissen in westlichen Industrieländern unterscheidet, ist die Sterblichkeit wesentlich höher. Wichtige Gründe sind dafür eine ungesunde Lebensweise, insbesondere ein hoher Alkoholkonsum der männlichen Bevölkerung, sowie ein erhöhtes Gewaltpotenzial.

90er Jahre als Hypothek

In Russland sterben dreimal mehr Menschen durch «äussere Ursachen» wie Unfälle, Morde oder Vergiftungen wie im Westen. Solche Umstände fordern in Russland viel mehr Menschenleben als Krebs. Im Westen ist es genau umgekehrt. Im Unterschied zu Europa ereignen sich in Russland die meisten Todesfälle folglich nicht nach dem 70. Altersjahr, sondern im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 70 Jahren. Die

durchschnittliche Lebenserwartung für Männer liegt knapp unter 60 Jahren, russische Frauen leben im Schnitt 14 Jahre länger.

Die chaotischen 90er Jahre stellen für Russland eine schwere demografische Hypothek dar. Denn die Gesellschaft wird in Zukunft nicht nur schrumpfen, sondern auch altern. Die Degradierung kann jedoch nicht allein auf den Zusammenbruch der UdSSR reduziert werden. Sie hat bereits in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts begonnen: «Keine russische Generation, die nach 1910 geboren wurde, hat sich reproduziert», betont die Uno-Studie. Ein kleiner Aufwärtstrend war lediglich Mitte der 80er Jahre zu verzeichnen, als die Gesellschaft sich in Aufbruchstimmung befand und der damalige Generalsekretär Michail Gorbatschow eine radikale Anti-Alkohol-Kampagne lancierte.

Der Schrumpfungsprozess, so prognostizieren die Experten, soll sich nun

noch beschleunigen. Nächstes Jahr wird sich die russische Gesellschaft um rund 450 000 Menschen reduzieren, im Jahr 2025 bereits um 800 000. Bis 2050 nimmt die Bevölkerung im grössten Land der Welt voraussichtlich um 26 Millionen auf insgesamt noch 116 Millionen Menschen ab, während etwa jene der USA auf rund 400 Millionen ansteigt.

Immigration nützt wenig

Durch Zuwanderung ist ein solcher Aderlass kaum zu kompensieren. Umso mehr, als die zunehmende Immigration aus den islamischen GUS-Ländern bereits heute die Toleranz der russisch-orthodoxen Bevölkerungsmehrheit auf eine harte Probe stellt. Die Autoren der Studie befürchten zudem eine neue Abwanderungswelle in die neuen EU-Länder, die in naher Zukunft aufgrund ihrer demografischen Entwicklung ebenfalls an einem Mangel junger Arbeitskräfte leiden werden.

Nepal Angespannte Lage

Regierungskrise in Nepal nach Entlassung des Armeechefs

In Nepal hat die kommunistische Partei UML aus Protest gegen die Entlassung des Armeechefs die Regierungskoalition verlassen.

General Rookmangud Katawal war während einer Kabinettsitzung von den Maoisten mit der Begründung entlassen worden, er habe sich der Eingliederung der ehemaligen maoistischen Rebellen in die Armee widersetzt. Auch andere Koalitionspartner sind über diesen Schritt verärgert. Zum Nachfolger Katawals wurde sein Stellvertreter, Kul Bahadur Khadka, ernannt, hiess es.

Die rund 19 000 ehemaligen Rebellen sollen im Zuge des Friedensprozesses nach dem Ende des Bürgerkriegs 2006 in die reguläre Armee integriert werden. Das Verhältnis zwischen Militär und Maoisten ist allerdings gespannt, seit die ehemaligen Rebellen politisch an der Macht sind.

Maoisten stärkste Partei

Der unter seinem Kampfnamen Prachanda bekannte Ex-Rebellenchef Pushpa Kamal Dahal führt seit vergangener August die Regierung in Kathmandu. Nach viermonatiger Regierungskrise war er von der verfassunggebenden Ver-

sammlung gewählt worden. Die Parteien hatten sich nach der Parlamentswahl im April 2008 zunächst nicht auf eine Regierungsbildung einigen können. Aus der Wahl waren die Maoisten, die zehn Jahre lang als Rebellen die Monarchie bekämpft hatten, als stärkste Partei hervorgegangen, ohne jedoch eine eigene Regierungsmehrheit zu erreichen.

Die nötige Stimmenzahl für die Wahl zum Ministerpräsidenten erzielte Prachanda nun durch ein neues Bündnis zwischen Maoisten, moderaten Kommunisten und der Madhesi-Volkspartei. Nach rund 240 Jahren war die Monarchie in Nepal vor einem Jahr abgeschafft worden. (dpa)



Protestierende und Anhänger der Opposition setzten gestern Teile von Kathmandu in Flammen. (key)

Piraterie

Piratenüberfall vor Seychellen

Die Angriffe somalischer Piraten auf Transportschiffe halten an.

Am Samstag kaperten Piraten etwa 250 Seemeilen südwestlich der Seychellen den unter Flagge Maltes fahrenden griechischen Frachter «Ariana» und nahmen 24 ukrainische Besatzungsmitglieder als Geiseln. Gemäss einem Sprecher der Reederei blieb die Mannschaft des mit 35 000 Tonnen Lebensmitteln beladenen Schiffes unverletzt. Zunächst hatte es geheissen, es handle sich um ein britisches Schiff.

Der neue Angriff im Indischen Ozean erfolgte nur kurz nach einem versuchten Überfall auf ein norwegisches Handelsschiff, der jedoch am Freitag von der portugiesischen Marine vor Somalia verhindert werden konnte. Wie portugiesische Medien unter Berufung auf die Streitkräfte berichteten, wurden die Seeräuber vorübergehend festgenommen, Waffen wurden sichergestellt.

Auch die französische Marine ging am Wochenende gegen Seeräuber vor und fasste am Sonntag elf mutmassliche somalische Piraten im Indischen Ozean. Die Verdächtigen waren mit zwei Schnellbooten und einem sogenannten Mutterschiff mehr als 500 Seemeilen vor der kenianischen Küste unterwegs.

GSG-9-Einsatz gestoppt

Unterdessen wurde bekannt, dass die deutsche Regierung einen geheimen Einsatz der Anti-Terror-Einheit GSG 9 zur Erstürmung des von Piraten gekaperten deutschen Containerschiffs «Hansa Stavanger» vor der somalischen Küste gestoppt hat. Der geplante Zugriff wurde nach Angaben aus Sicherheitskreisen vergangene Woche eingestellt, weil das Risiko für die 24 Geiseln, darunter 5 Deutsche, zu gross war. Die Reederei verhandelt mit den Piraten nun über ein Lösegeld in Millionenhöhe. Die Regierung in Berlin wollte sich nicht zu den Berichten äussern. (dpa/afp)

Sri Lanka

Weitere zivile Opfer

Im umkämpften Rebellengebiet im Norden Sri Lankas sind offenbar mehr als 60 Zivilisten bei einem Angriff auf ein Spital ums Leben gekommen. Nach Angaben der Tamilenrebellen beschossen Regierungstruppen die Klinik am Samstag mit Granaten; die Armee machte dagegen die Rebellen verantwortlich. Die Rebellen riefen Grossbritannien und Frankreich am Sonntag auf, eine Waffenruhe in dem Konflikt zu vermitteln. Das Spital ist dem Bericht zufolge die einzige noch verbliebene medizinische Einrichtung im Rebellengebiet im Nordosten des Landes. (afp)

In Kürze

Liebermans Europa-Reise

Jerusalem. Der neue ultrarechte israelische Aussenminister Avigdor Lieberman geht auf seine erste Europa-Reise. Nach Angaben des israelischen Aussenministeriums wird er von heute Montag an Rom, Paris, Prag und Berlin besuchen und dort politische Gespräche führen. Genauere Einzelheiten wollte er nicht mitteilen. (dpa)

Auf der Strasse erschossen

Tirana. Zwei Monate vor den Parlamentswahlen ist in Albanien am Samstagabend ein Oppositionspolitiker auf offener Strasse erschossen worden. Zwei Männer feuerten mit einer Kalaschnikow mehrere Schüsse auf den Politiker ab, als er sein Haus in Roskovec, südlich von Tirana, betrat. Der 49-jährige Abgeordnete der Sozialistischen Partei, Fatmir Xhindi, erlag noch auf dem Weg ins Spital seinen Verletzungen. Die Täter konnten flüchten. Die Polizei setzte eine Belohnung von 250 000 Euro für Hinweise auf die Mörder aus. Albaniens Regierungschef Sali Berisha verurteilte die Tat. (dpa/afp)